



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Abg. Axel Gerntke (DIE LINKE), Elisabeth Kula (DIE LINKE)

Arbeitsbedingungen im Güterfernverkehr auf hessischen Straßen

Vorbemerkung:

Der Streik der LKW-Fahrer auf der Raststätte Gräfenhausen hat ein Schlaglicht auf die miserablen Arbeitsbedingungen im Straßengüterverkehr auch auf hessischen Straßen geworfen. Deutsche Unternehmen beauftragen etwa im EU-Ausland ansässige Logistikunternehmen und die wiederum Subunternehmen. Am Ende werden teilweise aus Asien LKW-Fahrer angeworben und eingeflogen, die dann wochen- und monatelang auf den "Notbetten" in ihren Kabinen hausen. Häufig sind diese scheinselfständig beschäftigt und trotz grundsätzlich vorhandener Schutzrechte zu oft schutzlos. Obwohl bei Fahrten mit einem Entladeziel in Deutschland etwa auch der deutsche Mindestlohn gilt, bleibt dieser in der Praxis wirkungslos, weil das Recht nicht durchgesetzt wird.

Statt hier regulierend einzugreifen, verbleibt die Politik zu häufig bei der Verwaltung des Elends, etwa in Form von immer größeren Autobahnparkplätzen, damit noch mehr Menschen in ihren LKW übernachten können.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den Arbeitsbedingungen der Fernfahrerinnen und Fernfahrer auf Hessens Straßen?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diese Bedingungen zu verbessern?
3. Haben der Arbeits- oder der Wirtschaftsminister in der Vergangenheit den Kontakt zu großen hessischen Logistikunternehmen oder auch auftraggebenden Unternehmen gesucht mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche zu verbessern?

Wenn ja, zu welchen Unternehmen und mit welchen Ergebnissen?

4. Hat die Landesregierung in der Vergangenheit auf der Bundes- und/oder europäischen Ebene Initiativen angestoßen, um über die verschiedenen Verantwortlichkeiten hinweg unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Betroffenen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Fernfahrerinnen und Fernfahrer zu verbessern?

Wenn nein, warum nicht? Gedenkt die Landesregierung, dies in Zukunft zu tun?

5. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Logistik und Mobilität, Zoll und Landespolizei bei der Kontrolle von Arbeitsbedingungen im Güterfernverkehr und der Durchsetzung der Mindestlohnregelungen sowie der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Logistiksektor?
6. Welche Logistikunternehmen erbringen Dienstleistungen für das Land Hessen und verbundene öffentliche Auftraggeber?
7. Wie stellt das Land sicher, dass bei öffentlichen Aufträgen geltendes Recht, wie etwa der Mindestlohn, in der gesamten Subunternehmerkette eingehalten wird?

Wiesbaden, den 18.04.2023



Axel Gerntke



Elisabeth Kula